

8 Thesen zum Verhältnis der Kirchen zum Rundfunk

von Klaus Scheunemann

Vorgelegt beim Kongreß „Trennung von Staat und Kirche“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Humanistischen Union am 15./16.9.1973 in Dortmund.

Veröffentlicht in dem soeben erschienenen Taschenbuch „Trennung von Staat und Kirche?“ rororo aktuell Nr. 1771, (Hg.) Peter Rath (Siehe Anzeige Seite 2).

1. Zur Bekenntnis- und Meinungsfreiheit (Art. 4 und 5 GG) gehört das Recht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (im folgenden gemäß Art. 140 GG „Religionsgesellschaften“ genannt), sich publizistisch darzustellen. Das schließt das Recht der Nutzung elektronischer Medien ein.

2. Auch im Bereich der Publizistik gelten für die Religionsgesellschaften die allgemeinen Gesetze und Regelungen in gleicher Weise wie für andere. Die in Rundfunkgesetzen und Staatsverträgen enthaltenen Vorschriften, denen zufolge Sendungen „nicht gestattet“ (Hess. Rundfunk) oder „verboten“ (Bayer. Rundfunk) sind, „die das sittliche oder religiöse Gefühl verletzen“ (Art. 4, Abs. 2, Ziff. 9 des Gesetzes über den Bayer. Rdf.; ähnlich fast alle vergleichbaren Gesetze), müssen großzügig ausgelegt werden und Raum für Kritik lassen, zumal umgekehrt bestimmte Religionsgesellschaften ihrerseits das Recht in Anspruch nehmen, die moralischen Vorstellungen anderer zu verletzen. Erinnerung sei nur an die Kanzelabkündigungen vor Wahlen, an die bischöflichen Verunglimpfungen von Befürwortern der sog. Fristenlösung bei der Reform des § 218 StGB oder an die verletzende Einseitigkeit konfessioneller Publikationen wie etwa der „neuen bildpost“, die in Kirchen feilgeboten werden (gedankliche Gleichsetzung der Humanistischen Union mit der SS-Zeitschrift „Schwarzes Corps“, „neue bildpost“ Nr. 44/1972).

3. Zwar ist nach dem Grundgesetz die Errichtung privater Rundfunkgesellschaften

möglich und damit auch die Errichtung eigener Sender der Religionsgesellschaften (vgl. Fernsehurteil des BVerfG vom 28. 2. 1961). Die gleichermaßen grundgesetzkonforme und bislang ausschließliche Form der Veranstaltung von Rundfunksendungen durch Anstalten des öffentlichen Rechts gebietet nach dem zitierten Urteil die Mitwirkung von „Repräsentanten aller bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen“ in den kollegialen Aufsichtsgremien (Rundfunkräten bzw. Fernsehrat des ZDF) oder in den Programmbeiräten (NDR und WDR).

Eine angemessene Mitwirkung aller bedeutsamen weltanschaulichen Gruppen wird jedoch nicht erreicht, wenn in den genannten Organen lediglich die beiden Großkirchen und die israelitischen bzw. jüdischen Gemeinden vertreten sind (so die Regelung bei allen Anstalten mit Ausnahme des SDR, des SR und des SWF). Dem Rundfunkrat des SDR gehört gemäß § 4, Abs. 2, Ziff. 4 auch ein „Vertreter der Freikirchen und der sonstigen Religions- und Weltanschauungs-Gemeinschaften, sofern sie Körperschaften des öffentlichen Rechts sind“. Im Rundfunkrat des SWF sind die jüdischen Gemeinden nicht vertreten. Gleiches gilt für den SR.

Im Zusammenhang mit Neufassungen von Rundfunkgesetzen ist deshalb für die Anerkennung mindestens eines Mandats an die nichtchristlich-nichtjüdischen Gruppen Sorge zu tragen – angelehnt etwa an die Regelung beim SDR. Insgesamt ist für die Vertreter der Religionsgesellschaften anzustreben, daß sie von demokratisch legitimierten Organen (z. B. Synoden) gewählt und nicht von Bischöfen etc. ernannt werden (vgl. „Leitlinien einer liberalen Medienpolitik“, abgedruckt in „funk-report“ 18/73). Bis zum Inkrafttreten solcher Neufassun-

Fortsetzung Seite 2

Der neue Beirat der HU

Elf „Neulinge“ zählt der insgesamt 40-köpfige Beirat der HU, der in diesen Tagen neu konstituiert wurde. Unter den Neuberufenen befinden sich der Benjamin des Deutschen Bundestages, der Abgeordnete Andreas von Schoeler (F.D.P.), sowie die Fritz-Bauer-Preisträger der Jahre 1972 und 1973, Dr. Emmy Diemer-Nicolaus und Rechtsanwalt Heinrich Hannover.

Die übrigen „Neulinge“ sind: Professor Dr. Erhard Denninger, Professor Dr. Walter Fabian, Gerd Hirschauer, Ingrid Matthäus, Georg Schlaga (MdB/SPD), Professor Dr. Ulrich Sonnemann; Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann und Professor Dr. Karl-Georg Zinn.

Eine erneute Berufung in den Beirat der HU nahmen an:

Dr. Otto Bickel
Peter Blachstein
Axel Eggebrecht
Dr. Helga Einsele
Carl-Heinz Evers
RA Erwin Fischer
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Winfried Gottschalch
Prof. Dr. Hartmut von Hentig
Fritz Hermann
Dr. Hedda Heuser
Prof. Dr. Wolfgang Hochheimer
Prof. Dr. Herbert Jäger
Prof. Dr. Walter Jens
Hermann Kesten
Prof. Dr. Ulrich Klug
Alfons Künstler
Prof. Dr. Werner Maihofer
Prof. Dr. Gustav Mensching
Prof. Dr. Armand Mergen
Paul Schallück
Prof. Dr. Karl Schlechta
Prof. Dr. Berthold Simonsohn
Jochen Steffen, MdL
Dr. Gerhard Szczeny
Werner Vitt
Prof. Dr. Hermann Wein
Prof. Dr. Rudolf Wiethölter

gen muß von den Parlamenten bzw. Regierungen des Bundes (DW/DLF) und der Länder gefordert werden, daß sie bei der Benennung ihrer eigenen Vertreter für die genannten Gremien solche Persönlichkeiten angemessen berücksichtigen, die keiner der kraft Gesetzes in dem jeweiligen Organ vertretenen Religionsgesellschaften angehören.

Von den kollegialen Organen selbst ist zu fordern, daß sie bis auf weiteres so verfahren, wie es in § 15, Abs. 2, Satz 2 des Gesetzes über die Veranstaltung von Rundfunksendungen im Saarland für die Zusammensetzung des Rundfunkrates des SR vorgeschrieben ist: „In Fragen, die die konfessionellen Minderheiten berühren, werden deren Vertreter beratend hinzugezogen.“

4. Das Recht aller im jeweiligen Sendegebiet bedeutsamen Religionsgesellschaften auf Übertragung bestimmter Veranstaltungen ist zu gewährleisten. Dabei ist für eine angemessene Berücksichtigung von Veranstaltungen nichtchristlicher Gruppen Sorge zu tragen. Neben der Übertragung von Gottesdiensten etc. der beiden Großkirchen muß deshalb auch die Übertragung von Veranstaltungen freireligiöser, freidenkerischer, freikirchlicher, jüdischer und islamischer Gruppen in angemessenem Umfang, mindestens aber einmal jährlich, gewährleistet werden.

5. Wird Vertretern von Religionsgesellschaften in sonstiger Weise die Möglichkeit zur Selbstdarstellung im Programm oder zur Mitwirkung in anderer Form geboten (Diskussionen etc.), so sind neben den Großkirchen in angemessenem Umfang auch die übrigen bedeutsamen Religionsgesellschaften zu berücksichtigen. Für sogenannte Zuspruchsreihen wie etwa „Das Wort zum Sonntag“ und vergleichbare Programmangebote bedeutet dies, daß von hundert Sendeterminen etwa 20 durch Vertreter freireligiöser, freidenkerischer, freikirchlicher, jüdischer, islamischer und sonstiger bedeutsamer Gruppen zu bestreiten wären, und zwar etwa nach folgendem Schlüssel:

8 von 100 durch Vertreter freireligiöser, freidenkerischer und agnostischer Gruppen

4 von 100 durch Vertreter von Freikirchen

2 von 100 durch Vertreter jüdischer Gemeinden

2 von 100 durch Vertreter islamischer Gruppen (im Hinblick etwa auf Arbeitnehmer islamischer Konfession aus der Türkei, Jugoslawien, dem Vorderen Orient und Nordafrika)

1 von 100 durch Vertreter der Orthodoxen

1 von 100 durch Vertreter der Altkatholiken

1 von 100 durch Vertreter der Unitarier

1 von 100 durch Vertreter anderer bedeutsamer Gruppen.

Bei der Verteilung der für Vertreter der Großkirchen reservierten Termine sind auf

seiten der Protestanten die verschiedenen Landeskirchen und Bekenntnisgruppen (Reformierte, Unierte, Lutherische, Alt-lutherische usw.), auf seiten der Katholiken römischer Konfession Vertreter der italienischen, spanischen und kroatischen Minoritäten angemessen zu berücksichtigen.

6. Bei der Übertragung von Veranstaltungen der Religionsgesellschaften ist der Name der veranstaltenden Gruppe in An- und Absage deutlich zu nennen. Entsprechendes gilt bei Zuspruchsreihen, dem „Wort zum Sonntag“ etc. für die jeweilige Gruppenzugehörigkeit des Sprechers. Als beispielhaft kann hier die Regelung der ARD für Kommentare innerhalb der Tagesschau gemäß Ziff. 6 der „Grundsätze für die Zusammenarbeit im ARD-Gemeinschaftsprogramm“ gelten (vgl. auch: Klaus Scheunemann in „Club Voltaire – Jahrbuch für kritische Aufklärung“, Band IV, Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek, 1970 S. 321 ff.).

7. Besondere „Kirchenfunk“-Abteilungen haben innerhalb der Rundfunkanstalten dann eine klare verfassungsmäßige Grundlage, wenn neben dem „Kirchenfunk“ eine Abteilung für „Sonstige ethische, religiöse und weltanschauliche Fragen“ besteht. Zweckmäßiger ist es, für die redaktionelle Koordination und Abwicklung von Sendungen der Religionsgesellschaften für die Berichterstattung über deren Aktivitäten und für die Kommentierung derselben etwa Abteilungen zu schaffen für „Ethik, Religion und Weltanschauung“. Sie können auch als Abteilungen für religiöse und weltanschauliche Fragen firmieren (vgl. Gerhard Szczesny in „Club Voltaire“, Band IV – s. unter 6 – S. 326 ff.).

8. Die Rubrik „Konfession“ in Bewerbungs-, Einstellungs- und Personalbögen der Rundfunkanstalten ist unzulässig.

Telegramm an den Intendanten des NDR

Zur Behandlung der Reform strafrechtlicher Bestimmungen, den Schwangerschaftsabbruch betreffend, gehört eine umfassende, sorgfältige und sachgerechte Information der Öffentlichkeit. Die Humanistische Union bedauert aufs höchste, daß die gestrige Panoramasekundung über eine Abtreibung unter dem Druck klerikaler, reaktionärer Proteste und der Drohung mit Strafverfolgung abgesetzt wurde. Wir fordern Sie dringend auf, sich gegen derartige Zensurbestrebungen aufs härteste zur Wehr zu setzen.

Neu bei rororo aktuell

Trennung von Staat und Kirche?

Dokumente und Argumente herausgegeben von Peter Rath

Dieses Taschenbuch beinhaltet u. a. die wesentlichen Beiträge des HUKongresses „Trennung von Staat und Kirche“ in Dortmund. So z. B. „Sozial-liberale Koalition und Kirche“ von Rechtsanwalt Erwin Fischer, „Zur politischen Funktion der

Kunst im Gefängnis?

Helge Klawitter

Die Ausstellung „Kunst im Gefängnis?“ wurde erneut in drei Städten Nordrhein-Westfalens gezeigt, in Münster, Bielefeld und zuletzt vom 9.–16. Februar 1974 in der Volkshochschule Essen. Insbesondere in Essen war sie wiederum außerordentlich erfolgreich. Als besonderer Höhepunkt konnte hier das Frankfurter Kabarett DIE MAININGER für eine Vorstellung am 15.2. engagiert werden. Kabarettist Conny Reinhold hatte sein Programm „Auch Tiere brauchen Freiheit – Satire vor und hinter Gittern“ in großen Teilen speziell auf die Problematik des Strafvollzugs abgestellt und trug Kabarettnummern ebenso engagiert und gekonnt vor, wie nach wie vor aktuelle Texte von Kurt Tucholski. Während des Programms wurden 15 Bilder der Ausstellung versteigert, elf weitere wurden verkauft. Der Gesamterlös von 845,- DM ging an die betreffenden Gefangenen in der Strafvollzugsanstalt Butzbach. Die vier Stunden dauernde Veranstaltung war zeitweise überfüllt und ein sehr guter Werbeerfolg für die HU. Finanziell war sie allerdings nur durch die massive Unterstützung des Essener Jugendamtes möglich. Das Werbeflugblatt für Ausstellung und Kabarett liegt diesen Mitteilungen bei.

Das Werbeplakat für beide Veranstaltungen ist auch gut als Poster geeignet. Es kann für 5,- DM vom Landesverband der HU NRW, 43 Essen 1, Klingemannstr. 16, bezogen werden. Wir bitten um vorherige Überweisung auf das Konto des Landesverbandes NRW der HU, Commerzbank Essen Nr. 3638061/92 – Postscheckkonto der Commerzbank: Essen 20050-434.

Kirchen in der Bundesrepublik“ von Prof. Dr. Nikolaus Koch und „Forderungen zur Trennung von Staat und Kirche“ von Ingrid Matthäus.“ Den Kauf dieses Buches möchten wir allen Mitgliedern sehr empfehlen. (roro Nr. 1771, Preis 4,80 DM)

Fortbildung durch Gruppendynamik

Ulla Schleibner (OV München)

In einer Gesellschaft, deren Gesicht sich laufend verändert, erhalten Lernprozesse ein besonderes Gewicht. Früher mag eine mehrjährige, vom Jugendlichen absolvierte Ausbildung genügt haben, um den Anforderungen des späteren Erwachsenenlebens weitgehend gerecht zu werden. Heute wird in sehr vielen Berufsgruppen, vom technischen Angestellten bis zum Facharzt, von der Kindergärtnerin bis zum Lehrer, der Fort- und Weiterbildung das Wort geredet. Oft – und mit Recht – ist für Ärzte und Pädagogen eine Weiterbildungspflicht gefordert worden.

Was zur Weiterbildung gelernt werden soll, ist freilich nicht leicht zu bestimmen. Gerade in den sozialen Berufen, in denen mit und an Menschen – seien es Kinder, die erzogen, oder Patienten, die behandelt werden – gearbeitet wird, genügt reine Wissensvermittlung häufig nicht, um mit berufsspezifischen Problemen fertig zu werden. Diese Probleme wiegen vor allem dann schwer, wenn die Persönlichkeit des Lehrers oder Arztes den Anforderungen seines Berufs nicht gewachsen ist, wenn sie z. B. „blinde Flecken“ aufweist, an denen er soziale und menschliche Konflikte nicht unvoreingenommen sehen kann.

Gerade in solchen Fällen wäre es notwendig, die informationsbezogene Fortbildung durch eine persönlichkeitsbezogene zu ergänzen. Der Weiterbildung soll eine Weiter-Erziehung zur Seite treten, die am wirksamsten in der Form einer Anleitung zur Selbsterziehung vermittelt werden kann. Dazu ist es notwendig, daß die oben erwähnten „blinden Flecken“ – z. B. ein zur Gewohnheit erstarrter, zynischer Gesichtsausdruck, eine unbewußt gewordene

depressive Mimik, eine Neigung zu autoritärer Taktlosigkeit, wie sie gerade dem mit hohem Sozialprestige gerüsteten Lehrer oder Arzt von seinen Opfern kaum je kritisch vorgehalten wird – erkannt und in Frage gestellt werden.

Die wohl wirksamste Methode, um das zu erreichen, ist eine Selbsterfahrung in Trainingsgruppen, die in der Form des sogenannten Sensitivitätstrainings weit mehr als eine Modesache ist, sondern – fachgerecht angewendet – zu einer zentral wichtigen Methode in der Fort- und Weiterbildung sozialer Berufe werden kann. Kürzlich haben in München an diesen Fragen interessierte, bereits psychotherapeutisch tätige Ärzte und Psychologen eine Fachgesellschaft gegründet, die das Konzept der klassischen Gruppendynamik und des Sensitivitätstrainings mit Gesichtspunkten der Psychoanalyse – vor allem in Form der neueren Ich-Psychologie und Familienforschung – verbindet und für die Erwachsenen-Selbsterziehung fruchtbar machen will. Die Gesellschaft für analytische Gruppendynamik (kurz GAG) bietet verschiedene Formen von Selbsterfahrungsgruppen als Wochenendtagungen oder einwöchige Klausurtagungen an; darüber hinaus auch berufsspezifische Trainingsgruppen für Lehrer, Sozialarbeiter, Heimerzieher und Psychologen. Geeignete Teilnehmer können innerhalb der GAG auch zum Gruppendynamiker ausgebildet werden und später selbständig Trainingsgruppen leiten.

Auskunft über die Gesellschaft für analytische Gruppendynamik und ihre Arbeit durch das Sekretariat: Dr. med. Dipl.-Psych. Siegfried Gröniger, 8 München 40, Schellingstraße 153, Telefon: 19 79 10.

PERSONALIEN

Literarisches Denkmal

Einer der HU-Gründer ist in die Literatur eingegangen. Man hätte es ihm allerdings besser gewünscht. In Gerhard Zwerenz' Roman „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“ spielt er eine etwas merkwürdige Rolle, der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Daß er nicht der Vorstellung von einem Justizbeamten traditionellen Zuschnitts entsprach, ist gerade uns nicht neu. Aber ist seine progressive Außenseiterrolle wirklich damit erfaßt, ihn als teils resignierenden, teils sentimental Altliberalen und Menschenfreund darzustellen?

Fritz Bauer ist im Roman nur eine Nebenfigur und Zwerenz unterläuft das Malheur, ihn als historische Figur den Ansprüchen seines Romans unterzuordnen. Diese Ansprüche aber sind zweifelhaft. Der Roman erzählt kolportagehaft die Geschichte des Juden Abraham Mauerstamm, der sich als Baulöwe mit gut kapitalistischen Mitteln an seiner deutschen Umwelt zu rächen versucht. Der Held entbehrt nicht menschlicher Züge, doch seine Romanfreundschaft mit Fritz Bauer erscheint demjenigen unglaubwürdig, der sich daran erinnert, mit welcher Heftigkeit Fritz Bauer, bei aller Liberalität, moralische Ansprüche zu erheben pflegte. Nur die „flotte Schreibe“ Zwerenz' und seine präzise Beschreibung einzelner Aspekte der Frankfurter Szene überdecken die konstruierte Künstlichkeit des Romans.

Kurz vor dem Roman erschien Zwerenz' „Bericht aus dem Landesinneren“, gewissermaßen das Werkstattbuch zum Roman. Hier dem Zwang zur Einordnung in ein allzu künstliches Romanschema nicht unterliegend, beschreibt Zwerenz Fritz Bauer treffend: „Ihn nicht zu erwähnen, wäre Undankbarkeit. Er zählte zu den letzten liberalen Juden. Ein großer Mann. Ein guter Mensch und Angehöriger jener aussterbenden Rasse von Denk- und Gefühlsfähigen. Er ist auf seinen hohen Posten gekommen wie die Jungfrau zum Kind; er war ein Segen. Manchmal, in der Stadt Frankfurt, traf man ganz unversehens auf ihn. Er war klein von Gestalt, gedrungen, in den letzten Jahren immer mehr umdüstert. Er war das einprägsame Gegenteil eines Staatsanwalts – ein Menschenanwalt, freundlich, wenn man seiner Freundlichkeit bedurfte, hilfsbereit, wenn man seiner Hilfskraft bedurfte. Er war die gute Vergangenheit der Stadt Frankfurt, ein Stück bester Tradition...“

(Gerhard Zwerenz: „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“ und „Bericht aus dem Landesinneren“, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M.)

Leo Derrick

„DER FALL VOLKER GÖTZ“, Dokumentation des Presseausschusses Demokratische Aktion, MITHERAUSGEBER LANDESVERBAND NRW DER HU

DM 1,90/Stück. Bezug bei LV NRW der Humanistischen Union, 43 Essen 1, Heinickestr. 32, gegen Überweisung von DM 1,90 auf das Konto der HU – Commerzbank Essen, Nr. 36 38 061/92 (Klawitter).

Neue Anschrift der Bundesgeschäftsstelle

Am 29. Januar 1974 ist die Geschäftsstelle umgezogen. Das war notwendig, da unsere bisherige Geschäftsstelle in dem Gebäudekomplex untergebracht war, der wegen des Baues des Europäischen Patentamtes abgerissen wird.

Die neue Anschrift lautet:

**Humanistische Union,
Bundesgeschäftsstelle,
8 München 2, Bräuhausstraße 2
Tel.: (089) 22 64 41-42**

Zum Thema Mitgliederwerbung

Diethard Seemann, Mitglied des Bundesvorstandes der HU, legt in dieser Ausgabe eine weitere Stellungnahme zu dem Artikel „Neue Mitglieder gewinnen – Was tun?“ (Mitteilungen Nr. 64/1973) vor.

Die Mitgliederbewegung innerhalb der HU ist weiterhin rückläufig. Daß unsere politische Arbeit und Wirksamkeit von einer soliden personellen und finanziellen Basis abhängig ist, bedarf wohl keiner Erläuterungen; daß sich der Mitgliederschwund allmählich der kritischen Grenze nähert, von der ab unsere politische Arbeit ernsthaft in Frage gestellt ist, wird vermutlich längst nicht allen Mitgliedern in seiner Tragweite bewußt sein; eben darauf muß mit Nachdruck hingewiesen werden, um falsche Erwartungen zu vermeiden. Daß schließlich die HU immer noch und gerade jetzt eine notwendige politische Institution ist, sei an dieser Stelle ohne nähere Begründung vorausgesetzt.

Der Bundesvorstand verwendet einen nicht geringen Teil seiner Arbeitszeit und Phantasie darauf, Konzeptionen für die Mitgliederwerbung zu entwickeln. So, sinnvoll diese wie auch andere derartige Unternehmungen, wie sie beispielsweise in Hamburg und Frankfurt durchgeführt worden sind, sein mögen, sie haben doch einen Mangel: Der, vor allem finanzielle,

Aufwand steht in einem krassen Mißverhältnis zum Erfolg; mit anderen Worten, wir müssen erheblich investieren (Geld und Arbeitskraft, die uns für die politische Arbeit fehlen), um einige wenige Mitglieder zu gewinnen.

Zwar kann heutzutage ein Verband wie die HU nicht auf Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Werbung verzichten; denn daß unser Engagement und das, was wir erreicht haben, „für sich spräche“, hat sich als Illusion erwiesen. Aber naheliegender und plausibler, da er die politische Arbeit nicht bindet, sondern ein privater Beitrag jedes einzelnen sein kann und keinen nennenswerten finanziellen Aufwand kostet, scheint mir der folgende Vorschlag zu sein, der, diskret-hartnäckig gehandelt, gelegentlich schon erfolgreich praktiziert wurde.

Im Freundes- und Bekanntenkreis der HU-Mitglieder finden sich vermutlich zu einem nicht geringen Teil Menschen ähnlicher Überzeugung, die man als ein Reservoir potentieller HU-Mitglieder bezeichnen könnte. Aus dieser dem einzelnen bekannten Umgebung – mit der Möglichkeit der kontinuierlichen Ansprache und damit der einer kommunikativen Einflußnahme – den einen oder anderen für die HU zu interessieren und zu gewinnen, halte ich für

ein aussichtsreiches Unterfangen, wenn man sich konsequent dazu entschließt, und würde darin auch einen politischen Beitrag für die HU sehen. Sicher bedarf es dazu eines gewissen psychologischen Geschicks, und die Barriere, persönliche Beziehungen mit einer politischen Anforderung zu „belasten“, ist nicht immer leicht zu nehmen, zumal der Umgang mit dem unvermeidbaren Appell nicht jedermanns Sache ist. Doch, mit Verlaub, wenn es uns im persönlichen Bereich, in dem man eine erhöhte Bereitschaft zur Aufnahme erwarten kann, nicht gelingt zu überzeugen, wo dann? (Ich räume ein, daß man psychologisch auch anders argumentieren kann, aber das leuchtet mir nur bedingt ein).

Auf jeden Fall müssen wir handeln, und das kann nicht den Vorstandsinstanzen vorbehalten bleiben, die, dauert der Schrumpfungsprozeß der HU an, später die Prügel beziehen dürfen. Denn – wenn nur jeder dritte innerhalb der HU ein einziges neues Mitglied werben würde, wären wir aus der Misere heraus. Nur kommt es darauf an, daß Sie für sich nicht Platz eins oder zwei der Statistik reservieren.

Warum ich aus der Kirche austrat

HU-Veranstaltung mit Professor Dr. Hubertus Mynarek in Würzburg

Der ORTSVERBAND WÜRZBURG veranstaltete am 12. Januar 1974 gemeinsam mit dem Ortsverband des Bundes für Geistesfreiheit einen Vortragsabend mit Prof. Dr. Hubertus Mynarek, dem Verfasser des Buches „Herren und Knechte der Kirche“. Die Person Mynarek ist im Raum Würzburg ins grellste Scheinwerferlicht gestellt worden, weil in der regionalen Zeitung „Main-Post“ mehrere lange Veröffentlichungen über ihn erschienen. Darunter auch eine Gegendarstellung Prof. Mynareks, des ehemaligen Priesters und Dekans der Wiener Theologischen Fakultät, der aus der Kirche ausgetreten ist und geheiratet hat. Das Thema des Vortrags hieß: „Warum ich aus der Kirche austrat“.

Die Veranstaltung wurde u. a. durch Plakate und Flugblätter vorbereitet. Den Flugblattverteilern wurden Störaktionen angekündigt. Da Prof. Mynarek fast täglich durch Briefe und Telefonanrufe bedroht wird, mußten die Drohungen ernstgenommen und Polizeischutz angefordert werden. Zu dem Vortrag kamen über 400 Zuhörer. Es war die größte kulturelle Veranstaltung von linksliberaler Seite, die Würzburg in den Nachkriegsjahren erlebt hat. Für die Veranstalter entstand eine heikle Lage, da der Saal, ein Festsaal im Studentenheim, bis ins Treppenhaus hinaus überfüllt war. Der Vortrag, dem sich eine zweistündige Diskussion anschloß, verlief jedoch ohne Zwischenfälle.

Das immer wieder bestellte Themaheft der „Vorgänge“ 5/70

Antiautoritäre Erziehung / Kinderläden

kann zum Sonderpreis von DM 2,50 von der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden. (zuzüglich Portokosten)

Weiterhin können Sie Einzelhefte und komplette Jahrgänge der „Vorgänge“ bis zum Erscheinungsjahr 1972 einschließlich bestellen. Der Preis für das Einzelheft beträgt DM 3,-, für das Doppelheft DM 5,- (zuzüglich Portokosten).

An die Humanistische Union, 8 München 2, Bräuhausstraße 2:
Hiermit bestelle ich

..... Exempl. der „Vorgänge“ 5/70

Name

PLZ

Ort

Straße, Nr.

Datum

Unterschrift

HU-Landesverband NRW – Bildungswerk der HU NRW e. V. lädt ein zum:
Grundsatzseminar HU Selbstverständnis

„HUMANISTISCHE UNION ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KRAFT“

Grundsatzreferate von:

Professor Dr. Jürgen Seifert, Hannover:

„Die HU und die gesellschaftlichen Probleme von heute“

Professor Dr. Nikolaus Koch, Dortmund:

„Möglichkeiten des gesellschaftspolitischen Engagements der HU am Beispiel der Ministerpräsidentenbeschlüsse zur Beschäftigung Radikaler im Öffentlichen Dienst“

Dr. Hans Georg Koll, Köln:

„Welchen Beitrag kann die HU zur Veränderung von Gesellschaft und Bewußtsein in der Bundesrepublik leisten?“

Ausführliche Diskussion mit den Referenten und in Arbeitskreisen.

Samstag, 11. Mai 1974, 15.00 Uhr bis Sonntag, 12. Mai 1974, ca. 15.00 Uhr

Ort: Jugendherberge Mülheim/Ruhr, 433 Mülheim, Mendener Straße 3

Teilnehmergebühr: mit Übernachtung und voller Verpflegung 30,- DM
ohne Übernachtung mit voller Verpflegung 20,- DM

Ermäßigung und Fahrgelderstattung auf Antrag möglich.

Anmeldung bis spätestens 1. Mai 1974 an den

Landesverband der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen,
43 Essen 1, Heinickestraße 32

Aktion „write-in: come-in“

Unter dem Motto „write-in: come-in“ erbat^{en} wir von allen Beziehern der Mitteilungen Nr. 64 die Anschriften von drei Freunden oder Bekannten, die an einer HU-Mitgliedschaft Interesse haben könnten. 188 Anschriften wurden uns gesandt. Diesem Personenkreis haben wir unser Informations- und Werbematerial zugeschickt. 4 Beitritte erfolgten sofort, das ist mit 2,1%, ein für die Werbung annehmbarer Prozentsatz. Die Anschriften sind für die Interessentenkarteeien an die jeweiligen Ortsverbände weitergegeben worden. Nach unserer Erfahrung liegt die Beitrittsquote

der Interessenten, denen ein Jahr Einladungen und Mitteilungen der Ortsverbände gesandt wurden, bei einem nochmaligen Werbeschreiben, zwischen 5 und 10 %.

Da wir der Meinung sind, daß mit diesen 188 Anschriften das Reservoir der potentiellen HU-Mitglieder bei weitem nicht ausgeschöpft ist, wiederholen wir die Aktion write-in: come-in. Bitte machen Sie sich die kleine Mühe und senden Sie den folgenden Abschnitt mit Adressen aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis an die Geschäftsstelle.

Ich empfehle, folgende Personen zur Mitgliedschaft in der HU einzuladen:

Name

Anschrift:

1.
2.
3.

(Name des Einsenders, bitte gut lesbar)

Bitte ausschneiden und einsenden an:

HUMANISTISCHE UNION, 8 München 2, Bräuhäusstraße 2

Mitteilungen der Humanistischen Union (HU) 1/74

Neue Bücher

Fests HITLER

... „Mit diesem Buch beginnt ein neuer Abschnitt der Hitlerforschung.“ ... Diese Behauptung im Klappentext der Hitler Biografie von Joachim C. Fest ist ebenso unrichtig, wie der von der Verlagswerbung eifrig zitierte Satz Golo Manns: „Joachim C. Fests Buch wird für fünfzehn oder zwanzig Jahre das Werk über den widrigen Gegenstand sein.“

Auf über tausend Seiten hat Fest viel zusammengetragen, was über Hitler bekannt ist. Für jemanden, der sich mit der Literatur über Hitler noch nicht befaßt hat, ist das Buch Informationswert; sehr zu empfehlen ist es jedoch allein schon auf Grund seiner Langatmigkeit nicht.

Gemessen an der Zahl der Dokumente die der Hitlerforscher Werner Maser aufgefunden und in seinen Veröffentlichungen über Hitler und die NSDAP ausgewertet hat, wäre der Hinweis des Verlages auf über 200 zum Teil unbekannte Bild- und Textdokumente kaum erwähnenswert. zeigte er nicht, daß der Mangel an Quellenstudium der Grund dafür ist, daß Fest eine Reihe von Fehlern unterlaufen und er kaum etwas schreiben kann, was andere nicht bereits vor ihm geschrieben haben. Neu ist allerdings Fests psychologische Deutung der Person Adolf Hitlers, was jedoch noch nicht beweist, daß sie auch zutrifft. Ohne Zweifel ist deswegen folgende Feststellung im Klappentext nicht berechtigt:

„Auf über tausend Seiten, die das Leben Adolf Hitlers von den trüben Anfängen im Wien der Jahrhundertwende bis zum Ende im brennenden Berlin erzählen, beantwortet Fest die drei seither immer wieder umstrittenen Fragen: Woher bezog Hitler seine überwältigende Dynamik, worin war der stupende Erfolg dieses Mannes begründet und was war seine Wirkung im Triumph wie im Untergang?“ Fest bietet eine, nämlich seine Deutung Adolf Hitlers an. Nicht legitim ist es, diese als „die verbindliche Antwort“ auf die oben genannten Fragen darzustellen.

Fazit: Ein „neuer“ Hitler à la Fest und, die Verkaufsziffern beweisen es, mit geschickter Werbung läßt er sich auch ausgezeichnet verkaufen.

(Joachim C. Fest: HITLER, Propyläen Verlag Berlin, 1190 Seiten, Ln. DM 38,-)

Peter Bernhardt

MITGLIEDSBEITRAG

schon bezahlt?

Konto: BfG-München Nr. 1700678
oder Postscheckkto. Mchn. Nr. 1042 00-807

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Protest gegen § 218-Prozeß

Wortlaut der Pressemitteilung des
Ortsverbandes Hannover

Vor dem Landgericht Hannover beginnt am 11.2.1974 ein bereits mehrfach vertagter Strafprozeß gegen einen ehemaligen hannoverschen Arzt, dem die Anklage vorwirft, Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen zu haben. Der Ortsverband Hannover der Humanistischen Union nimmt den Prozeß zum Anlaß, um auf die Fragwürdigkeit eines Mammutprozesses unmittelbar vor der geplanten Reform des § 218 StGB hinzuweisen. Die HU wird am 11.2.1974 vor Prozeßbeginn vor den Eingängen zum Amts- und Landgericht mit Transparenten

- 5 Minuten vor der Reform ein Mammutprozeß?
- Prozeß gegen Dr. L.: Ist Helfen strafbar?
- Kein Unrecht im Namen des Rechts! Freispruch für Dr. L.

und mit einem Flugblatt auf den Prozeß aufmerksam machen. In dem Flugblatt der HU heißt es, daß anstelle eines hilfsbereiten Arztes der unheilstiftende § 218 symbolisch auf die Anklagebank gehört. Die HU macht den § 218 mitverantwortlich für die

- Schädigung der Gesundheit von Frauen durch Kurfuscher
- Jugendkriminalität, verursacht durch gesetzlich erzwungene Kinder, die nur zu oft familienlos, ungeliebt und unbehütet in Säuglings- und Kinderheimen aufwachsen müssen und
- Begünstigung von Erpressungen im Zusammenhang mit illegalen Schwangerschaftsunterbrechungen.

Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kinder in Deutschland – eine unterdrückte Minderheit?“ veranstaltete am 12.2.1974 der **ORTSVERBAND BIELEFELD-GÜTERSLOH**. Diskussions Teilnehmer waren Herr H. P. Bleuel, München, Herr Brüggemann, Bielefeld (Jugendrichter), sowie ein Vertreter des Jugendamtes Bielefeld. jl

Am 20. März 1974 findet um 20.00 Uhr im Oberseehotel, Bremen, Wachtstraße, Passageraum, die nächste Mitgliederversammlung des **ORTSVERBANDES BREMEN** statt. Das Vorstandsmitglied Prof. Dr. Winfried Gottschalch wird zum Thema „Minderheiten in unserer Gesellschaft“ sprechen. Im Anschluß daran wird ein Programm vorschlag für die künftige Ortsverbandstätigkeit vorgelegt und diskutiert, sowie ein neuer Ortsvorstand gewählt. jb

Am 21. Januar 1974 fand die Jahreshauptversammlung des **ORTSVERBANDES ESSEN** statt. Die Arbeit der HU in Essen konnte 1973 überdurchschnittlich intensiviert werden. Starke Auftrieb gab auch die Einrichtung eines eigenen Büro- und Versammlungsraumes. Außer zahlreichen öffentlichen Vorträgen und Diskussionen ist erwähnenswert, daß hier mehrere Arbeitskreise arbeiten und auch eine Beratungsstelle für entlassene Gefangene eingerichtet wurde.

Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus: Karl Cervik, Erika von Kempen und Helmut Kleinhüchelkotten. Zu den monatlich stattfindenden öffentlichen Vorstandssitzungen sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. Nächster Termin: 18. März 1974, 18.00 bis 20.00 Uhr, HU-Büro, Heinickestraße 32 (am Hbf.).

Drei öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Essen im ersten Vierteljahr 1974 standen unter dem Thema „Behinderte in unserer Gesellschaft“. Am 17. 1. sprach Dr. Müller Westing über „Was kann getan werden, behinderten Menschen ohne Vorurteile zu begegnen?“ und am 14. 2. Frau Dölemeyer über „Das sprachbehinderte Kind und seine Erziehung im Elternhaus und in der Schule“. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und hatten das Ziel, die Öffentlichkeit stärker auf die vielfältige zusätzliche Benachteiligung von Behinderten aufmerksam zu machen und Vorurteile abzubauen. Als Höhepunkt ist für den 7. März in der Volkshochschule Essen eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ist die Eingliederung der Behinderten schon vollzogen?“ vorgesehen. hk

Einen neuen Vorstand hat der **ORTSVERBAND HAMBURG** auf seiner Mitgliederversammlung am 28. November 1973 gewählt. Frau Heide Nädler, 2 Hamburg 50, Langenfelder Str. 109, wurde zur Vorsitzenden, Frau Christiane Briegleb zur Schriftführerin und Herr Dr. Siehr zum Kassenvorstand gewählt. Die weiteren Mitglieder des neuen Ortsvorstands sind Frau Burmeister, Herr Dr. Hermsen, Herr Peine und Herr Dr. Robinsohn. ks

Am 26. November 1973 fand die Jahreshauptversammlung des **ORTSVERBANDES HEIDELBERG** statt. Den Mitgliedern wurde ausführlich über den Anfang November in Köln veranstalteten HU-Kongreß „Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik“ berichtet. Herr Hartmut Banner, 6901 Dossenheim, Friedrichstraße 71, wurde einstimmig für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt als Ortsvorsitzender bestätigt. Die Geschäftsstelle des Ortsverbandes leitet

weiterhin Frau Lona Grimmig, 69 Heidelberg, Handschuhsheimer Landstr. 39. lg

Am 31. Januar fand im Europäischen Hof die diesjährige Mitgliederversammlung des **ORTSVERBANDES MÜNCHEN** statt. Nach den Begrüßungsworten von Prof. Ulrich Sonnemann referierte RA Peter Mrozynski über „Probleme der Reform des Minderjährigenrechts“. Nach einer kurzen Diskussion zum Thema (Leitung: Otto F. Gmelin) berichtete Johannes Glötzner über die Aktivitäten des Vorstands seit der letzten Mitgliederversammlung. Anschließend stellten sich folgende Arbeitskreise vor: „Mitbestimmung im Krankenhaus“, „Emanzipation von Mann und Frau“, „Erziehung zur Erziehung“, „Kindesrecht vor Elternrecht“, „Psychiatrie“, „Jugendhilferecht“ und „Kind und Medien“. Den Abschluß bildete eine General-Debatte, während der zwei Resolutionen verabschiedet wurden: Die 1. richtete sich gegen die von der Stadt München ausgesprochenen Berufsverbote, in der 2. solidarisierten sich die Teilnehmer mit dem vom Bayer. Kultusministerium benachteiligten Studienrat Rüdiger Offergeld. Die Mitgliederversammlung beschloß noch, in Zukunft den sog. Jour Fix (2. Donnerstag jeden Monats) jeweils unter ein bestimmtes aktuelles Thema zu stellen.

Die nächsten Termine des OV's:

Do., 4. 4., 19.30, Freizeitheim Biederstein, Gohrenstr. 6, zusammen mit dem Piper-Verlag: Autorenabend Carl-Ludwig Reichert

Do., 9. 5., 19.30, Europäischer Hof: Jour Fix (Thema: Chile) jg

Vorgänge

Zeitschrift für Gesellschaftspolitik

Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen wir den beiliegenden Kurzprospekt der Zeitschrift „vorgänge“. Seit 1. Januar 1973 erscheinen die vorgänge beim Beltz Verlag in Weinheim. Der verantwortliche Redakteur ist unser Beiratsmitglied Gerd Hirschauer. Jede Ausgabe bringt ausführlich ein relevantes Thema der Gesellschaftspolitik. Die Beiträge stammen überwiegend von Mitgliedern und Freunden der HU. Nutzen Sie das Probeabonnement zum Vorzugspreis und lernen Sie diese ausgezeichnete Zeitschrift kennen.

Humanistische Union e. V., 8 München 2, Bräuhäusstraße 2
Telefon: (089) 22 64 41-42 Redaktionsschluß: 5. 3. 1974
Für diese Mitteilungen ist Peter Bernhardt verantwortlich, für den
Diskussionsteil Volker Hummel, 6242 Kronberg 1, Hünerbergstr. 6a.
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 27. 5. 1974

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Beilagen: Flugblatt der HU NRW.
Prospekt der Zeitschrift „vorgänge“

8 Thesen zum Verhältnis der Kirchen zum Rundfunk

von Klaus Scheunemann

Vorgelegt beim Kongreß „Trennung von Staat und Kirche“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Humanistischen Union am 15./16. 9. 1973 in Dortmund.

Veröffentlicht in dem soeben erschienenen Taschenbuch „Trennung von Staat und Kirche?“ rororo aktuell Nr. 1771, (Hg.) Peter Rath (Siehe Anzeige Seite 2).

1. Zur Bekenntnis- und Meinungsfreiheit (Art. 4 und 5 GG) gehört das Recht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (im folgenden gemäß Art. 140 GG „Religionsgesellschaften“ genannt), sich publizistisch darzustellen. Das schließt das Recht der Nutzung elektronischer Medien ein.

2. Auch im Bereich der Publizistik gelten für die Religionsgesellschaften die allgemeinen Gesetze und Regelungen in gleicher Weise wie für andere. Die in Rundfunkgesetzen und Staatsverträgen enthaltenen Vorschriften, denen zufolge Sendungen „nicht gestattet“ (Hess. Rundfunk) oder „verboten“ (Bayer. Rundfunk) sind, „die das sittliche oder religiöse Gefühl verletzen“ (Art. 4, Abs. 2, Ziff. 9 des Gesetzes über den Bayer. Rdf.; ähnlich fast alle vergleichbaren Gesetze), müssen großzügig ausgelegt werden und Raum für Kritik lassen, zumal umgekehrt bestimmte Religionsgesellschaften ihrerseits das Recht in Anspruch nehmen, die moralischen Vorstellungen anderer zu verletzen. Erinnerung sei nur an die Kanzelabkündigungen vor Wahlen, an die bischöflichen Verunglimpfungen von Befürwortern der sog. Fristenlösung bei der Reform des § 218 StGB oder an die verletzende Einseitigkeit konfessioneller Publikationen wie etwa der „neuen bildpost“, die in Kirchen feilgeboten werden (gedankliche Gleichsetzung der Humanistischen Union mit der SS-Zeitschrift „Schwarzes Corps“, „neue bildpost“ Nr. 44/1972).

3. Zwar ist nach dem Grundgesetz die Errichtung privater Rundfunkgesellschaften

möglich und damit auch die Errichtung eigener Sender der Religionsgesellschaften (vgl. Fernsehurteil des BVerfG vom 28. 2. 1961). Die gleichermaßen grundgesetzkonforme und bislang ausschließliche Form der Veranstaltung von Rundfunksendungen durch Anstalten des öffentlichen Rechts gebietet nach dem zitierten Urteil die Mitwirkung von „Repräsentanten aller bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen“ in den kollegialen Aufsichtsräten (Rundfunkräten bzw. Fernsehrat des ZDF) oder in den Programmbeiräten (NDR und WDR).

Eine angemessene Mitwirkung aller bedeutsamen weltanschaulichen Gruppen wird jedoch nicht erreicht, wenn in den genannten Organen lediglich die beiden Großkirchen und die israelitischen bzw. jüdischen Gemeinden vertreten sind (so die Regelung bei allen Anstalten mit Ausnahme des SDR, des SR und des SWF). Dem Rundfunkrat des SDR gehört gemäß § 4, Abs. 2, Ziff. 4 auch ein „Vertreter der Freikirchen und der sonstigen Religions- und Weltanschauungs-Gemeinschaften, sofern sie Körperschaften des öffentlichen Rechts sind“. Im Rundfunkrat des SWF sind die jüdischen Gemeinden nicht vertreten. Gleiches gilt für den SR.

Im Zusammenhang mit Neufassungen von Rundfunkgesetzen ist deshalb für die Anerkennung mindestens eines Mandats an die nichtchristlich-nichtjüdischen Gruppen Sorge zu tragen – angelehnt etwa an die Regelung beim SDR. Insgesamt ist für die Vertreter der Religionsgesellschaften anzustreben, daß sie von demokratisch legitimierten Organen (z. B. Synoden) gewählt und nicht von Bischöfen etc. ernannt werden (vgl. „Leitlinien einer liberalen Medienpolitik“, abgedruckt in „funk-report“ 18/73). Bis zum Inkrafttreten solcher Neufassun-

Fortsetzung Seite 2

Der neue Beirat der HU

Elf „Neulinge“ zählt der insgesamt 40-köpfige Beirat der HU, der in diesen Tagen neu konstituiert wurde. Unter den Neuberufenen befinden sich der Benjamin des Deutschen Bundestages, der Abgeordnete Andreas von Schoeler (F.D.P.), sowie die Fritz-Bauer-Preisträger der Jahre 1972 und 1973, Dr. Emmy Diemer-Nicolaus und Rechtsanwalt Heinrich Hannover.

Die übrigen „Neulinge“ sind: Professor Dr. Erhard Denninger, Professor Dr. Walter Fabian, Gerd Hirschauer, Ingrid Matthäus, Georg Schlaga (MdB/SPD), Professor Dr. Ulrich Sonnemann; Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann und Professor Dr. Karl-Georg Zinn.

Eine erneute Berufung in den Beirat der HU nahmen an:

Dr. Otto Bickel
Peter Blachstein
Axel Eggebrecht
Dr. Helga Einsele
Carl-Heinz Evers
RA Erwin Fischer
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Winfried Gottschalch
Prof. Dr. Hartmut von Hentig
Fritz Hermann
Dr. Hedda Heuser
Prof. Dr. Wolfgang Hochheimer
Prof. Dr. Herbert Jäger
Prof. Dr. Walter Jens
Hermann Kesten
Prof. Dr. Ulrich Klug
Alfons Künstler
Prof. Dr. Werner Maihofer
Prof. Dr. Gustav Mensching
Prof. Dr. Armand Mergen
Paul Schallück
Prof. Dr. Karl Schlechta
Prof. Dr. Berthold Simonsohn
Jochen Steffen, MdL
Dr. Gerhard Szczeny
Werner Vitt
Prof. Dr. Hermann Wein
Prof. Dr. Rudolf Wiethölter

gen muß von den Parlamenten bzw. Regierungen des Bundes (DW/DLF) und der Länder gefordert werden, daß sie bei der Benennung ihrer eigenen Vertreter für die genannten Gremien solche Persönlichkeiten angemessen berücksichtigen, die keiner der kraft Gesetzes in dem jeweiligen Organ vertretenen Religionsgesellschaften angehören.

Von den kollegialen Organen selbst ist zu fordern, daß sie bis auf weiteres so verfahren, wie es in § 15, Abs. 2, Satz 2 des Gesetzes über die Veranstaltung von Rundfunksendungen im Saarland für die Zusammensetzung des Rundfunkrates des SR vorgeschrieben ist: „In Fragen, die die konfessionellen Minderheiten berühren, werden deren Vertreter beratend hinzugezogen.“

4. Das Recht aller im jeweiligen Sendegebiet bedeutsamen Religionsgesellschaften auf Übertragung bestimmter Veranstaltungen ist zu gewährleisten. Dabei ist für eine angemessene Berücksichtigung von Veranstaltungen nichtchristlicher Gruppen Sorge zu tragen. Neben der Übertragung von Gottesdiensten etc. der beiden Großkirchen muß deshalb auch die Übertragung von Veranstaltungen freireligiöser, freidenkerischer, freikirchlicher, jüdischer und islamischer Gruppen in angemessenem Umfang, mindestens aber einmal jährlich, gewährleistet werden.

5. Wird Vertretern von Religionsgesellschaften in sonstiger Weise die Möglichkeit zur Selbstdarstellung im Programm oder zur Mitwirkung in anderer Form geboten (Diskussionen etc.), so sind neben den Großkirchen in angemessenem Umfang auch die übrigen bedeutsamen Religionsgesellschaften zu berücksichtigen. Für sogenannte Zuspruchsreihen wie etwa „Das Wort zum Sonntag“ und vergleichbare Programmangebote bedeutet dies, daß von hundert Sendeterminen etwa 20 durch Vertreter freireligiöser, freidenkerischer, freikirchlicher, jüdischer, islamischer und sonstiger bedeutsamer Gruppen zu bestreiten wären, und zwar etwa nach folgendem Schlüssel:

8 von 100 durch Vertreter freireligiöser, freidenkerischer und agnostischer Gruppen

4 von 100 durch Vertreter von Freikirchen

2 von 100 durch Vertreter jüdischer Gemeinden

2 von 100 durch Vertreter islamischer Gruppen (im Hinblick etwa auf Arbeitnehmer islamischer Konfession aus der Türkei, Jugoslawien, dem Vorderen Orient und Nordafrika)

1 von 100 durch Vertreter der Orthodoxen

1 von 100 durch Vertreter der Altkatholiken

1 von 100 durch Vertreter der Unitarier

1 von 100 durch Vertreter anderer bedeutsamer Gruppen.

Bei der Verteilung der für Vertreter der Großkirchen reservierten Termine sind auf

seiten der Protestanten die verschiedenen Landeskirchen und Bekenntnisgruppen (Reformierte, Unierte, Lutherische, Alt-lutherische usw.), auf seiten der Katholiken römischer Konfession Vertreter der italienischen, spanischen und kroatischen Minoritäten angemessen zu berücksichtigen.

6. Bei der Übertragung von Veranstaltungen der Religionsgesellschaften ist der Name der veranstaltenden Gruppe in An- und Absage deutlich zu nennen. Entsprechendes gilt bei Zuspruchsreihen, dem „Wort zum Sonntag“ etc. für die jeweilige Gruppenzugehörigkeit des Sprechers. Als beispielhaft kann hier die Regelung der ARD für Kommentare innerhalb der Tagesschau gemäß Ziff. 6 der „Grundsätze für die Zusammenarbeit im ARD-Gemeinschaftsprogramm“ gelten (vgl. auch: Klaus Scheunemann in „Club Voltaire – Jahrbuch für kritische Aufklärung“, Band IV, Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek, 1970 S. 321 ff.).

7. Besondere „Kirchenfunk“-Abteilungen haben innerhalb der Rundfunkanstalten dann eine klare verfassungsmäßige Grundlage, wenn neben dem „Kirchenfunk“ eine Abteilung für „Sonstige ethische, religiöse und weltanschauliche Fragen“ besteht. Zweckmäßiger ist es, für die redaktionelle Koordination und Abwicklung von Sendungen der Religionsgesellschaften für die Berichterstattung über deren Aktivitäten und für die Kommentierung derselben etwa Abteilungen zu schaffen für „Ethik, Religion und Weltanschauung“. Sie können auch als Abteilungen für religiöse und weltanschauliche Fragen firmieren (vgl. Gerhard Szczesny in „Club Voltaire“, Band IV – s. unter 6 – S. 326 ff.).

8. Die Rubrik „Konfession“ in Bewerbungs-, Einstellungs- und Personalbögen der Rundfunkanstalten ist unzulässig.

Telegramm an den Intendanten des NDR

Zur Behandlung der Reform strafrechtlicher Bestimmungen, den Schwangerschaftsabbruch betreffend, gehört eine umfassende, sorgfältige und sachgerechte Information der Öffentlichkeit. Die Humanistische Union bedauert aufs höchste, daß die gestrige Panoramasekundung über eine Abtreibung unter dem Druck klerikaler, reaktionärer Proteste und der Drohung mit Strafverfolgung abgesetzt wurde. Wir fordern Sie dringend auf, sich gegen derartige Zensurbestrebungen aufs härteste zur Wehr zu setzen.

Neu bei rororo aktuell

Trennung von Staat und Kirche?

Dokumente und Argumente herausgegeben von Peter Rath

Dieses Taschenbuch beinhaltet u. a. die wesentlichen Beiträge des HUKongresses „Trennung von Staat und Kirche“ in Dortmund. So z. B. „Sozial-liberale Koalition und Kirche“ von Rechtsanwalt Erwin Fischer, „Zur politischen Funktion der

Kunst im Gefängnis?

Helge Klawitter

Die Ausstellung „Kunst im Gefängnis?“ wurde erneut in drei Städten Nordrhein-Westfalens gezeigt, in Münster, Bielefeld und zuletzt vom 9.–16. Februar 1974 in der Volkshochschule Essen. Insbesondere in Essen war sie wiederum außerordentlich erfolgreich. Als besonderer Höhepunkt konnte hier das Frankfurter Kabarett DIE MAININGER für eine Vorstellung am 15. 2. engagiert werden. Kabarettist Conny Reinhold hatte sein Programm „Auch Tiere brauchen Freiheit – Satire vor und hinter Gittern“ in großen Teilen speziell auf die Problematik des Strafvollzugs abgestellt und trug Kabarettnummern ebenso engagiert und gekonnt vor, wie nach wie vor aktuelle Texte von Kurt Tucholski. Während des Programms wurden 15 Bilder der Ausstellung versteigert, elf weitere wurden verkauft. Der Gesamterlös von 845,- DM ging an die betreffenden Gefangenen in der Strafvollzugsanstalt Butzbach. Die vier Stunden dauernde Veranstaltung war zeitweise überfüllt und ein sehr guter Werbeerfolg für die HU. Finanziell war sie allerdings nur durch die massive Unterstützung des Essener Jugendamtes möglich. Das Werbeflugblatt für Ausstellung und Kabarett liegt diesen Mitteilungen bei.

Das Werbeplakat für beide Veranstaltungen ist auch gut als Poster geeignet. Es kann für 5,- DM vom Landesverband der HU NRW, 43 Essen 1, Klingemannstr. 16, bezogen werden. Wir bitten um vorherige Überweisung auf das Konto des Landesverbandes NRW der HU, Commerzbank Essen Nr. 3638061/92 – Postscheckkonto der Commerzbank: Essen 20050-434.

Kirchen in der Bundesrepublik“ von Prof. Dr. Nikolaus Koch und „Forderungen zur Trennung von Staat und Kirche“ von Ingrid Matthäus.“ Den Kauf dieses Buches möchten wir allen Mitgliedern sehr empfehlen. (roro Nr. 1771, Preis 4,80 DM)

Fortbildung durch Gruppendynamik

Ulla Schleibner (OV München)

In einer Gesellschaft, deren Gesicht sich laufend verändert, erhalten Lernprozesse ein besonderes Gewicht. Früher mag eine mehrjährige, vom Jugendlichen absolvierte Ausbildung genügt haben, um den Anforderungen des späteren Erwachsenenlebens weitgehend gerecht zu werden. Heute wird in sehr vielen Berufsgruppen, vom technischen Angestellten bis zum Facharzt, von der Kindergärtnerin bis zum Lehrer, der Fort- und Weiterbildung das Wort geredet. Oft – und mit Recht – ist für Ärzte und Pädagogen eine Weiterbildungspflicht gefordert worden.

Was zur Weiterbildung gelernt werden soll, ist freilich nicht leicht zu bestimmen. Gerade in den sozialen Berufen, in denen mit und an Menschen – seien es Kinder, die erzogen, oder Patienten, die behandelt werden – gearbeitet wird, genügt reine Wissensvermittlung häufig nicht, um mit berufsspezifischen Problemen fertig zu werden. Diese Probleme wiegen vor allem dann schwer, wenn die Persönlichkeit des Lehrers oder Arztes den Anforderungen seines Berufs nicht gewachsen ist, wenn sie z. B. „blinde Flecken“ aufweist, an denen er soziale und menschliche Konflikte nicht unvoreingenommen sehen kann.

Gerade in solchen Fällen wäre es notwendig, die informationsbezogene Fortbildung durch eine persönlichkeitsbezogene zu ergänzen. Der Weiterbildung soll eine Weiter-Erziehung zur Seite treten, die am wirksamsten in der Form einer Anleitung zur Selbsterziehung vermittelt werden kann. Dazu ist es notwendig, daß die oben erwähnten „blinden Flecken“ – z. B. ein zur Gewohnheit erstarrter, zynischer Gesichtsausdruck, eine unbewußt gewordene

depressive Mimik, eine Neigung zu autoritärer Taktlosigkeit, wie sie gerade dem mit hohem Sozialprestige gerüsteten Lehrer oder Arzt von seinen Opfern kaum je kritisch vorgehalten wird – erkannt und in Frage gestellt werden.

Die wohl wirksamste Methode, um das zu erreichen, ist eine Selbsterfahrung in Trainingsgruppen, die in der Form des sogenannten Sensitivitätstrainings weit mehr als eine Modesache ist, sondern – fachgerecht angewendet – zu einer zentral wichtigen Methode in der Fort- und Weiterbildung sozialer Berufe werden kann. Kürzlich haben in München an diesen Fragen interessierte, bereits psychotherapeutisch tätige Ärzte und Psychologen eine Fachgesellschaft gegründet, die das Konzept der klassischen Gruppendynamik und des Sensitivitätstrainings mit Gesichtspunkten der Psychoanalyse – vor allem in Form der neueren Ich-Psychologie und Familienforschung – verbindet und für die Erwachsenen-Selbsterziehung fruchtbar machen will. Die Gesellschaft für analytische Gruppendynamik (kurz GAG) bietet verschiedene Formen von Selbsterfahrungsgruppen als Wochenendtagungen oder einwöchige Klausurtagungen an; darüber hinaus auch berufsspezifische Trainingsgruppen für Lehrer, Sozialarbeiter, Heimerzieher und Psychologen. Geeignete Teilnehmer können innerhalb der GAG auch zum Gruppendynamiker ausgebildet werden und später selbständig Trainingsgruppen leiten.

Auskunft über die Gesellschaft für analytische Gruppendynamik und ihre Arbeit durch das Sekretariat: Dr. med. Dipl.-Psych. Siegfried Gröniger, 8 München 40, Schellingstraße 153, Telefon: 19 79 10.

PERSONALIEN

Literarisches Denkmal

Einer der HU-Gründer ist in die Literatur eingegangen. Man hätte es ihm allerdings besser gewünscht. In Gerhard Zwerenz' Roman „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“ spielt er eine etwas merkwürdige Rolle, der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Daß er nicht der Vorstellung von einem Justizbeamten traditionellen Zuschnitts entsprach, ist gerade uns nicht neu. Aber ist seine progressive Außenseiterrolle wirklich damit erfaßt, ihn als teils resignierenden, teils sentimental Altliberalen und Menschenfreund darzustellen?

Fritz Bauer ist im Roman nur eine Nebenfigur und Zwerenz unterläuft das Malheur, ihn als historische Figur den Ansprüchen seines Romans unterzuordnen. Diese Ansprüche aber sind zweifelhaft. Der Roman erzählt kolportagehaft die Geschichte des Juden Abraham Mauerstamm, der sich als Baulöwe mit gut kapitalistischen Mitteln an seiner deutschen Umwelt zu rächen versucht. Der Held entbehrt nicht menschlicher Züge, doch seine Romanfreundschaft mit Fritz Bauer erscheint demjenigen unglaubwürdig, der sich daran erinnert, mit welcher Heftigkeit Fritz Bauer, bei aller Liberalität, moralische Ansprüche zu erheben pflegte. Nur die „flotte Schreibe“ Zwerenz' und seine präzise Beschreibung einzelner Aspekte der Frankfurter Szene überdecken die konstruierte Künstlichkeit des Romans.

Kurz vor dem Roman erschien Zwerenz' „Bericht aus dem Landesinneren“, gewissermaßen das Werkstattbuch zum Roman. Hier dem Zwang zur Einordnung in ein allzu künstliches Romanschema nicht unterliegend, beschreibt Zwerenz Fritz Bauer treffend: „Ihn nicht zu erwähnen, wäre Undankbarkeit. Er zählte zu den letzten liberalen Juden. Ein großer Mann. Ein guter Mensch und Angehöriger jener aussterbenden Rasse von Denk- und Gefühlsfähigen. Er ist auf seinen hohen Posten gekommen wie die Jungfrau zum Kind; er war ein Segen. Manchmal, in der Stadt Frankfurt, traf man ganz unversehens auf ihn. Er war klein von Gestalt, gedrungen, in den letzten Jahren immer mehr undüster. Er war das einprägsame Gegenteil eines Staatsanwalts – ein Menschenanwalt, freundlich, wenn man seiner Freundlichkeit bedurfte, hilfsbereit, wenn man seiner Hilfskraft bedurfte. Er war die gute Vergangenheit der Stadt Frankfurt, ein Stück bester Tradition...“

(Gerhard Zwerenz: „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“ und „Bericht aus dem Landesinneren“, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M.)

Leo Derrick

„DER FALL VOLKER GÖTZ“, Dokumentation des Presseausschusses Demokratische Aktion, MITHERAUSGEBER LANDESVERBAND NRW DER HU

DM 1,90/Stück. Bezug bei LV NRW der Humanistischen Union, 43 Essen 1, Heinickestr. 32, gegen Überweisung von DM 1,90 auf das Konto der HU – Commerzbank Essen, Nr. 36 38 061/92 (Klawitter).

Neue Anschrift der Bundesgeschäftsstelle

Am 29. Januar 1974 ist die Geschäftsstelle umgezogen. Das war notwendig, da unsere bisherige Geschäftsstelle in dem Gebäudekomplex untergebracht war, der wegen des Baues des Europäischen Patentamtes abgerissen wird.

Die neue Anschrift lautet:

**Humanistische Union,
Bundesgeschäftsstelle,
8 München 2, Bräuhausstraße 2
Tel.: (089) 22 64 41-42**

Zum Thema Mitgliederwerbung

Diethard Seemann, Mitglied des Bundesvorstandes der HU, legt in dieser Ausgabe eine weitere Stellungnahme zu dem Artikel „Neue Mitglieder gewinnen – Was tun?“ (Mitteilungen Nr. 64/1973) vor.

Die Mitgliederbewegung innerhalb der HU ist weiterhin rückläufig. Daß unsere politische Arbeit und Wirksamkeit von einer soliden personellen und finanziellen Basis abhängig ist, bedarf wohl keiner Erläuterungen; daß sich der Mitgliederschwund allmählich der kritischen Grenze nähert, von der ab unsere politische Arbeit ernsthaft in Frage gestellt ist, wird vermutlich längst nicht allen Mitgliedern in seiner Tragweite bewußt sein; eben darauf muß mit Nachdruck hingewiesen werden, um falsche Erwartungen zu vermeiden. Daß schließlich die HU immer noch und gerade jetzt eine notwendige politische Institution ist, sei an dieser Stelle ohne nähere Begründung vorausgesetzt.

Der Bundesvorstand verwendet einen nicht geringen Teil seiner Arbeitszeit und Phantasie darauf, Konzeptionen für die Mitgliederwerbung zu entwickeln. So, sinnvoll diese wie auch andere derartige Unternehmungen, wie sie beispielsweise in Hamburg und Frankfurt durchgeführt worden sind, sein mögen, sie haben doch einen Mangel: Der, vor allem finanzielle,

Aufwand steht in einem krassen Mißverhältnis zum Erfolg; mit anderen Worten, wir müssen erheblich investieren (Geld und Arbeitskraft, die uns für die politische Arbeit fehlen), um einige wenige Mitglieder zu gewinnen.

Zwar kann heutzutage ein Verband wie die HU nicht auf Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Werbung verzichten; denn daß unser Engagement und das, was wir erreicht haben, „für sich spräche“, hat sich als Illusion erwiesen. Aber naheliegender und plausibler, da er die politische Arbeit nicht bindet, sondern ein privater Beitrag jedes einzelnen sein kann und keinen nennenswerten finanziellen Aufwand kostet, scheint mir der folgende Vorschlag zu sein, der, diskret-hartnäckig gehandelt, gelegentlich schon erfolgreich praktiziert wurde.

Im Freundes- und Bekanntenkreis der HU-Mitglieder finden sich vermutlich zu einem nicht geringen Teil Menschen ähnlicher Überzeugung, die man als ein Reservoir potentieller HU-Mitglieder bezeichnen könnte. Aus dieser dem einzelnen bekannten Umgebung – mit der Möglichkeit der kontinuierlichen Ansprache und damit der einer kommunikativen Einflußnahme – den einen oder anderen für die HU zu interessieren und zu gewinnen, halte ich für

ein aussichtsreiches Unterfangen, wenn man sich konsequent dazu entschließt, und würde darin auch einen politischen Beitrag für die HU sehen. Sicher bedarf es dazu eines gewissen psychologischen Geschicks, und die Barriere, persönliche Beziehungen mit einer politischen Anforderung zu „belasten“, ist nicht immer leicht zu nehmen, zumal der Umgang mit dem unvermeidbaren Appell nicht jedermanns Sache ist. Doch, mit Verlaub, wenn es uns im persönlichen Bereich, in dem man eine erhöhte Bereitschaft zur Aufnahme erwarten kann, nicht gelingt zu überzeugen, wo dann? (Ich räume ein, daß man psychologisch auch anders argumentieren kann, aber das leuchtet mir nur bedingt ein).

Auf jeden Fall müssen wir handeln, und das kann nicht den Vorstandsinstanzen vorbehalten bleiben, die, dauert der Schrumpfungsprozeß der HU an, später die Prügel beziehen dürfen. Denn – wenn nur jeder dritte innerhalb der HU ein einziges neues Mitglied werben würde, wären wir aus der Misere heraus. Nur kommt es darauf an, daß Sie für sich nicht Platz eins oder zwei der Statistik reservieren.

Warum ich aus der Kirche austrat

HU-Veranstaltung mit Professor Dr. Hubertus Mynarek in Würzburg

Der ORTSVERBAND WÜRZBURG veranstaltete am 12. Januar 1974 gemeinsam mit dem Ortsverband des Bundes für Geistesfreiheit einen Vortragsabend mit Prof. Dr. Hubertus Mynarek, dem Verfasser des Buches „Herren und Knechte der Kirche“. Die Person Mynarek ist im Raum Würzburg ins grellste Scheinwerferlicht gestellt worden, weil in der regionalen Zeitung „Main-Post“ mehrere lange Veröffentlichungen über ihn erschienen. Darunter auch eine Gegendarstellung Prof. Mynareks, des ehemaligen Priesters und Dekans der Wiener Theologischen Fakultät, der aus der Kirche ausgetreten ist und geheiratet hat. Das Thema des Vortrags hieß: „Warum ich aus der Kirche austrat“.

Die Veranstaltung wurde u. a. durch Plakate und Flugblätter vorbereitet. Den Flugblattverteilern wurden Störaktionen angekündigt. Da Prof. Mynarek fast täglich durch Briefe und Telefonanrufe bedroht wird, mußten die Drohungen ernstgenommen und Polizeischutz angefordert werden. Zu dem Vortrag kamen über 400 Zuhörer. Es war die größte kulturelle Veranstaltung von linksliberaler Seite, die Würzburg in den Nachkriegsjahren erlebt hat. Für die Veranstalter entstand eine heikle Lage, da der Saal, ein Festsaal im Studentenhaus, bis ins Treppenhaus hinaus überfüllt war. Der Vortrag, dem sich eine zweistündige Diskussion anschloß, verlief jedoch ohne Zwischenfälle.

Das immer wieder bestellte Themaheft der „Vorgänge“ 5/70

Antiautoritäre Erziehung / Kinderläden

kann zum Sonderpreis von DM 2,50 von der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden. (zuzüglich Portokosten)

Weiterhin können Sie Einzelhefte und komplette Jahrgänge der „Vorgänge“ bis zum Erscheinungsjahr 1972 einschließlich bestellen. Der Preis für das Einzelheft beträgt DM 3,-, für das Doppelheft DM 5,- (zuzüglich Portokosten).

An die Humanistische Union, 8 München 2, Bräuhausstraße 2:
Hiermit bestelle ich

..... Exempl. der „Vorgänge“ 5/70

Name

PLZ

Ort

Straße, Nr.

Datum

Unterschrift

HU-Landesverband NRW – Bildungswerk der HU NRW e. V. lädt ein zum:
Grundsatzseminar HU Selbstverständnis

„HUMANISTISCHE UNION ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KRAFT“

Grundsatzreferate von:

Professor Dr. Jürgen Seifert, Hannover:

„Die HU und die gesellschaftlichen Probleme von heute“

Professor Dr. Nikolaus Koch, Dortmund:

„Möglichkeiten des gesellschaftspolitischen Engagements der HU am Beispiel der Ministerpräsidentenbeschlüsse zur Beschäftigung Radikaler im Öffentlichen Dienst“

Dr. Hans Georg Koll, Köln:

„Welchen Beitrag kann die HU zur Veränderung von Gesellschaft und Bewußtsein in der Bundesrepublik leisten?“

Ausführliche Diskussion mit den Referenten und in Arbeitskreisen.

Samstag, 11. Mai 1974, 15.00 Uhr bis Sonntag, 12. Mai 1974, ca. 15.00 Uhr

Ort: Jugendherberge Mülheim/Ruhr, 433 Mülheim, Mendener Straße 3

Teilnehmergebühr: mit Übernachtung und voller Verpflegung 30,- DM
ohne Übernachtung mit voller Verpflegung 20,- DM

Ermäßigung und Fahrgelderstattung auf Antrag möglich.

Anmeldung bis spätestens 1. Mai 1974 an den

Landesverband der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen,
43 Essen 1, Heinickestraße 32

Aktion „write-in: come-in“

Unter dem Motto „write-in: come-in“ erbat^{en} wir von allen Beziehern der Mitteilungen Nr. 64 die Anschriften von drei Freunden oder Bekannten, die an einer HU-Mitgliedschaft Interesse haben könnten. 188 Anschriften wurden uns gesandt. Diesem Personenkreis haben wir unser Informations- und Werbematerial zugeschickt. 4 Beitritte erfolgten sofort, das ist mit 2,1%, ein für die Werbung annehmbarer Prozentsatz. Die Anschriften sind für die Interessentenkarteeien an die jeweiligen Ortsverbände weitergegeben worden. Nach unserer Erfahrung liegt die Beitrittsquote

der Interessenten, denen ein Jahr Einladungen und Mitteilungen der Ortsverbände gesandt wurden, bei einem nochmaligen Werbeschreiben, zwischen 5 und 10 %.

Da wir der Meinung sind, daß mit diesen 188 Anschriften das Reservoir der potentiellen HU-Mitglieder bei weitem nicht ausgeschöpft ist, wiederholen wir die Aktion write-in: come-in. Bitte machen Sie sich die kleine Mühe und senden Sie den folgenden Abschnitt mit Adressen aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis an die Geschäftsstelle.

Ich empfehle, folgende Personen zur Mitgliedschaft in der HU einzuladen:

Name

Anschrift:

1.

2.

3.

(Name des Einsenders, bitte gut lesbar)

Bitte ausschneiden und einsenden an:

HUMANISTISCHE UNION, 8 München 2, Bräuhausstraße 2

Mitteilungen der Humanistischen Union (HU) 1/74

Neue Bücher

Fests HITLER

... „Mit diesem Buch beginnt ein neuer Abschnitt der Hitlerforschung.“ ... Diese Behauptung im Klappentext der Hitler Biografie von Joachim C. Fest ist ebenso unrichtig, wie der von der Verlagswerbung eifrig zitierte Satz Golo Manns: „Joachim C. Fests Buch wird für fünfzehn oder zwanzig Jahre das Werk über den widrigen Gegenstand sein.“

Auf über tausend Seiten hat Fest viel zusammengetragen, was über Hitler bekannt ist. Für jemanden, der sich mit der Literatur über Hitler noch nicht befaßte, hat das Buch Informationswert; sehr zu empfehlen ist es jedoch allein schon auf Grund seiner Langatmigkeit nicht.

Gemessen an der Zahl der Dokumente die der Hitlerforscher Werner Maser aufgefunden und in seinen Veröffentlichungen über Hitler und die NSDAP ausgewertet hat, wäre der Hinweis des Verlages auf über 200 zum Teil unbekannte Bild- und Textdokumente kaum erwähnenswert. zeigte er nicht, daß der Mangel an Quellenstudium der Grund dafür ist, daß Fest eine Reihe von Fehlern unterlaufen und er kaum etwas schreiben kann, was andere nicht bereits vor ihm geschrieben haben. Neu ist allerdings Fests psychologische Deutung der Person Adolf Hitlers, was jedoch noch nicht beweist, daß sie auch zutrifft. Ohne Zweifel ist deswegen folgende Feststellung im Klappentext nicht berechtigt:

„Auf über tausend Seiten, die das Leben Adolf Hitlers von den trüben Anfängen im Wien der Jahrhundertwende bis zum Ende im brennenden Berlin erzählen, beantwortet Fest die drei seither immer wieder umstrittenen Fragen: Woher bezog Hitler seine überwältigende Dynamik, worin war der stupende Erfolg dieses Mannes begründet und was war seine Wirkung im Triumph wie im Untergang?“ Fest bietet eine, nämlich seine Deutung Adolf Hitlers an. Nicht legitim ist es, diese als „die verbindliche Antwort“ auf die oben genannten Fragen darzustellen.

Fazit: Ein „neuer“ Hitler à la Fest und, die Verkaufsziffern beweisen es, mit geschickter Werbung läßt er sich auch ausgezeichnet verkaufen.

(Joachim C. Fest: HITLER, Propyläen Verlag Berlin, 1190 Seiten, Ln. DM 38,-)

Peter Bernhardt

MITGLIEDSBEITRAG

schon bezahlt?

Konto: BfG-München Nr. 1700678
oder Postscheckkto. Mchn. Nr. 1042 00-807

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Protest gegen § 218-Prozeß

Wortlaut der Pressemitteilung des
Ortsverbandes Hannover

Vor dem Landgericht Hannover beginnt am 11.2.1974 ein bereits mehrfach vertagter Strafprozeß gegen einen ehemaligen hannoverschen Arzt, dem die Anklage vorwirft, Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen zu haben. Der Ortsverband Hannover der Humanistischen Union nimmt den Prozeß zum Anlaß, um auf die Fragwürdigkeit eines Mammutprozesses unmittelbar vor der geplanten Reform des § 218 StGB hinzuweisen. Die HU wird am 11.2.1974 vor Prozeßbeginn vor den Eingängen zum Amts- und Landgericht mit Transparenten

- 5 Minuten vor der Reform ein Mammutprozeß?
- Prozeß gegen Dr. L.: Ist Helfen strafbar?
- Kein Unrecht im Namen des Rechts! Freispruch für Dr. L.

und mit einem Flugblatt auf den Prozeß aufmerksam machen. In dem Flugblatt der HU heißt es, daß anstelle eines hilfsbereiten Arztes der unheilstiftende § 218 symbolisch auf die Anklagebank gehört. Die HU macht den § 218 mitverantwortlich für die

- Schädigung der Gesundheit von Frauen durch Kurfuscher
- Jugendkriminalität, verursacht durch gesetzlich erzwungene Kinder, die nur zu oft familienlos, ungeliebt und unbehütet in Säuglings- und Kinderheimen aufwachsen müssen und
- Begünstigung von Erpressungen im Zusammenhang mit illegalen Schwangerschaftsunterbrechungen.

Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kinder in Deutschland – eine unterdrückte Minderheit?“ veranstaltete am 12.2.1974 der **ORTSVERBAND BIELEFELD-GÜTERSLOH**. Diskussions Teilnehmer waren Herr H. P. Bleuel, München, Herr Brüggemann, Bielefeld (Jugendrichter), sowie ein Vertreter des Jugendamtes Bielefeld. jl

Am 20. März 1974 findet um 20.00 Uhr im Überseehotel, Bremen, Wachtstraße, Passageraum, die nächste Mitgliederversammlung des **ORTSVERBANDES BREMEN** statt. Das Vorstandsmitglied Prof. Dr. Winfried Gottschalch wird zum Thema „Minderheiten in unserer Gesellschaft“ sprechen. Im Anschluß daran wird ein Programm vorschlag für die künftige Ortsverbandstätigkeit vorgelegt und diskutiert, sowie ein neuer Ortsvorstand gewählt. jb

Am 21. Januar 1974 fand die Jahreshauptversammlung des **ORTSVERBANDES ESSEN** statt. Die Arbeit der HU in Essen konnte 1973 überdurchschnittlich intensiviert werden. Starke Auftrieb gab auch die Einrichtung eines eigenen Büro- und Versammlungsraumes. Außer zahlreichen öffentlichen Vorträgen und Diskussionen ist erwähnenswert, daß hier mehrere Arbeitskreise arbeiten und auch eine Beratungsstelle für entlassene Gefangene eingerichtet wurde.

Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus: Karl Cervik, Erika von Kempen und Helmut Kleinhüchelkotten. Zu den monatlich stattfindenden öffentlichen Vorstandssitzungen sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. Nächster Termin: 18. März 1974, 18.00 bis 20.00 Uhr, HU-Büro, Heinickestraße 32 (am Hbf.).

Drei öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Essen im ersten Vierteljahr 1974 standen unter dem Thema „Behinderte in unserer Gesellschaft“. Am 17. 1. sprach Dr. Müller Westing über „Was kann getan werden, behinderten Menschen ohne Vorurteile zu begegnen?“ und am 14. 2. Frau Dölemeyer über „Das sprachbehinderte Kind und seine Erziehung im Elternhaus und in der Schule“. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und hatten das Ziel, die Öffentlichkeit stärker auf die vielfältige zusätzliche Benachteiligung von Behinderten aufmerksam zu machen und Vorurteile abzubauen. Als Höhepunkt ist für den 7. März in der Volkshochschule Essen eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ist die Eingliederung der Behinderten schon vollzogen?“ vorgesehen. hk

Einen neuen Vorstand hat der **ORTSVERBAND HAMBURG** auf seiner Mitgliederversammlung am 28. November 1973 gewählt. Frau Heide Nädler, 2 Hamburg 50, Langenfelder Str. 109, wurde zur Vorsitzenden, Frau Christiane Briegleb zur Schriftführerin und Herr Dr. Siehr zum Kassenswart gewählt. Die weiteren Mitglieder des neuen Ortsvorstands sind Frau Burmeister, Herr Dr. Hermsen, Herr Peine und Herr Dr. Robinsohn. ks

Am 26. November 1973 fand die Jahreshauptversammlung des **ORTSVERBANDES HEIDELBERG** statt. Den Mitgliedern wurde ausführlich über den Anfang November in Köln veranstalteten HU-Kongreß „Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik“ berichtet. Herr Hartmut Banner, 6901 Dossenheim, Friedrichstraße 71, wurde einstimmig für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt als Ortsvorsitzender bestätigt. Die Geschäftsstelle des Ortsverbandes leitet

weiterhin Frau Lona Grimmig, 69 Heidelberg, Handschuhsheimer Landstr. 39. lg

Am 31. Januar fand im Europäischen Hof die diesjährige Mitgliederversammlung des **ORTSVERBANDES MÜNCHEN** statt. Nach den Begrüßungsworten von Prof. Ulrich Sonnemann referierte RA Peter Mrozynski über „Probleme der Reform des Minderjährigenrechts“. Nach einer kurzen Diskussion zum Thema (Leitung: Otto F. Gmelin) berichtete Johannes Glötzner über die Aktivitäten des Vorstands seit der letzten Mitgliederversammlung. Anschließend stellten sich folgende Arbeitskreise vor: „Mitbestimmung im Krankenhaus“, „Emanzipation von Mann und Frau“, „Erziehung zur Erziehung“, „Kindesrecht vor Elternrecht“, „Psychiatrie“, „Jugendhilferecht“ und „Kind und Medien“. Den Abschluß bildete eine General-Debatte, während der zwei Resolutionen verabschiedet wurden: Die 1. richtete sich gegen die von der Stadt München ausgesprochenen Berufsverbote, in der 2. solidarisierten sich die Teilnehmer mit dem vom Bayer. Kultusministerium benachteiligten Studienrat Rüdiger Offergeld. Die Mitgliederversammlung beschloß noch, in Zukunft den sog. Jour Fix (2. Donnerstag jeden Monats) jeweils unter ein bestimmtes aktuelles Thema zu stellen.

Die nächsten Termine des OV's:

Do., 4. 4., 19.30, Freizeitheim Biederstein, Gohrenstr. 6, zusammen mit dem Piper-Verlag: Autorenabend Carl-Ludwig Reichert

Do., 9. 5., 19.30, Europäischer Hof: Jour Fix (Thema: Chile) jg

Vorgänge

Zeitschrift für Gesellschaftspolitik

Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen wir den beiliegenden Kurzprospekt der Zeitschrift „vorgänge“. Seit 1. Januar 1973 erscheinen die vorgänge beim Beltz Verlag in Weinheim. Der verantwortliche Redakteur ist unser Beiratsmitglied Gerd Hirschauer. Jede Ausgabe bringt ausführlich ein relevantes Thema der Gesellschaftspolitik. Die Beiträge stammen überwiegend von Mitgliedern und Freunden der HU. Nutzen Sie das Probeabonnement zum Vorzugspreis und lernen Sie diese ausgezeichnete Zeitschrift kennen.

Humanistische Union e. V., 8 München 2, Bräuhäusstraße 2
Telefon: (089) 22 64 41-42 Redaktionsschluß: 5. 3. 1974
Für diese Mitteilungen ist Peter Bernhardt verantwortlich, für den
Diskussionsteil Volker Hummel, 6242 Kronberg 1, Hünerbergstr. 6a.
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 27. 5. 1974

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Beilagen: Flugblatt der HU NRW.
Prospekt der Zeitschrift „vorgänge“